

Der LVB-Fragebogen an die Kandidierenden für den Baselbieter Regierungsrat

Von Roger von Wartburg

Aus Anlass der am 8. Februar 2015 anstehenden Gesamterneuerungswahlen der Baselbieter Kantonsregierung verschickte die LVB-Geschäftsleitung im Oktober einen ausschliesslich die Bildungspolitik betreffenden Fragebogen an alle Kandidierenden für den Regierungsrat 2015-2019. Während die bisherigen Exekutivmitglieder –

Anton Lauber, Sabine Pegoraro, Isaac Reber und Thomas Weber – unisono von einer Beteiligung absahen, haben drei der vier neu Kandidierenden dem LVB ihre Antworten zukommen lassen. Die 16 vorgegebenen Statements sollten gemäss dem Schema «ja» / «eher ja» / «eher nein» / «nein» / «keine Antwort» beurteilt werden; zu-

sätzlich gab es Raum für ergänzende Bemerkungen. Die Kandidierenden sind unterschiedlich mit dieser Vorgabe umgegangen. Die nachfolgende Tabelle verschafft Ihnen einen Überblick über die eingegangenen Antworten.

	Matthias Imhof BDP	Daniel Mürger SP	Regula Nebiker SP
Bildungsreformen und Kantonsfinanzen			
1. Die begonnenen Bildungsreformen sollen trotz Spardruck mit den nötigen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.	eher ja	ja	Antworten auf S. 7
2. Begonnene und zukünftige Reformprojekte müssen an die zur Verfügung stehenden Mittel angepasst und nötigenfalls redimensioniert resp. gestoppt werden.	eher ja	Bemerkung S. 7	
3. Die folgenden Bereiche müssen mit hoher Priorität weiter entwickelt und gut ressourciert werden.			
Frühfremdsprachen	eher ja	ja	
Integrative Schulung	eher nein	ja	
Selbstorganisiertes Lernen (z.B. Lernlandschaften)	eher ja	ja	
4. Die Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe trägt dazu bei, die Sprachkompetenz der Lernenden nach der obligatorischen Schulzeit zu verbessern.	eher nein	ja Bemerkung S. 7	
5. Der Lehrplan 21 soll im Kanton BL so rasch als möglich eingeführt werden.	eher nein	ja Bemerkung S. 7	
6. Bevor in weiteren Sparrunden das unterrichtende Personal zusätzliche Schlechterstellungen hinzunehmen hat (z.B. durch Pflichtstundenerhöhungen), muss zuerst der Verwaltungsapparat der Bildungsdirektion verkleinert werden.	eher ja	keine Antwort Bemerkung S. 7	

	Matthias Imhof BDP	Daniel Mürger SP	Regula Nebiker SP
Rolle der Lehrperson und Unterrichtsgestaltung			
7. Eine gute Schule braucht authentische Lehrerpersönlichkeiten, ausgestattet mit einer entsprechenden Freiheit in der Unterrichtsgestaltung.	ja	ja	Antworten auf S. 7
8. Eine gute Schule braucht «Lerncoaches», welche nach vorgegebenen Methoden für die Schülerinnen und Schüler individuelles, selbstorganisiertes Lernen planen und begleiten.	eher ja	ja	
9. Eine fachwissenschaftlich fundierte Ausbildung für Sek-I-Lehrpersonen ist unerlässlich für qualitativ guten Unterricht.	eher ja	ja	
10. Mit der Schaffung von Kombifächern auf der Sekundarstufe I (ein Fach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» anstelle der bisherigen zwei Fächer Geografie und Geschichte; ein Fach «Natur und Technik» anstelle der bisherigen drei Fächer Biologie, Physik und Chemie) wird eine gute Grundlage für die weitere Ausbildung der Jugendlichen auf der Sekundarstufe II gelegt.	eher nein	eher nein Bemerkung S. 7	
11. Es führt zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität, wenn die vorgesetzten Behörden den Lehrpersonen vorschreiben, wann, wo und mit wem gemeinsam sie ihren Unterricht planen und auswerten sollen.	eher nein	nein	
Anstellungsbedingungen			
12. Der mehrjährige Verzicht auf einen Ausgleich der Teuerung stellt einen unabdingbaren Beitrag zur Sanierung der Kantonsfinanzen dar.	eher nein	nein	Antworten auf S. 7
13. Die Forderungen der Initiative «für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» weisen in eine gute Richtung.	eher nein	nein	
14. Am gegenwärtigen Lohnsystem mit Erfahrungsstufen und Teuerungsausgleich gemäss den Bestimmungen des aktuellen Personalrechts ist festzuhalten.	eher ja	ja	
15. Mit der geplanten Gemeindestrukturereform sollen die Gemeinden künftig befugt sein, die Löhne der Gemeindelehrkräfte in erheblichem Masse selbst zu bestimmen. Diese Stossrichtung ist zu unterstützen.	eher nein	nein	
16. Die 2013 auf drei Jahre hinaus befristet eingeführte Pflichtstundenerhöhung für Fachlehrpersonen der Sek I und Sek I soll 2016 plangemäss wieder rückgängig gemacht werden.	eher nein	ja	

Bemerkungen von Daniel Münger (SP)

2. Projekte sind zwingend mit den nötigen Ressourcen zu versehen.
Wenn dies nicht geschieht, müssten Projekte angespart oder zurückgestellt werden.
4. Ich hoffe doch sehr, dass dies auch so ist.
5. Die Einführung ist unbestritten. Das Tempo ist anzupassen.
6. Ich kann heute kaum beurteilen, ob dieser wirklich zu gross ist.
10. Diverse für mich kritische Punkte sind noch unklar. Deshalb bin ich hier eher vorsichtig.

Die Antworten von Regula Nebiker (SP)

1. Selbstverständlich brauchen Reformen die nötigen finanziellen Mittel. Es stecken auch schon sehr viele Mittel in den begonnenen Reformen. Das begonnene Reformwerk wäre gefährdet, wenn die Mittel gekürzt würden.
2. Sollten die Mittel nicht zur Verfügung stehen, müssen logischerweise auch Anpassungen an das Programm gemacht werden. Dabei kann ich mir zeitliche Staffellungen bei der Umsetzung, aber auch den Verzicht auf bestimmte Massnahmen, die noch nicht weit vorangetrieben worden sind, vorstellen.
3. Die drei hier genannten Bereiche können m.E. nicht einander gegenüber gestellt werden, da sie völlig unterschiedliche Aspekte betreffen. Es wäre unseriös, hier Gewichtungen zu machen.
4. Für mich steht die frühe Begegnung mit einer anderen Landessprache im Zentrum. Dabei geht es um mehr als um Sprachkompetenz, sondern um eine kulturelle Selbstverständlichkeit in einem mehrsprachigen Land. Da die Primarschule ohnehin länger dauert, ist Englischunterricht ab der 5. Klasse durchaus sinnvoll. Die Sprachkompetenz in den nachobligatorischen Schulen hat weniger mit dem frühen Zeitpunkt des Sprachunterrichts als mit den individuellen Interessen zu tun.
5. Die schnelle Einführung des Lehrplan 21 ist nicht prioritär. Es gibt durchaus berechtigte Kritikpunkte. Ich kann die Neuerungen der verabschiedeten Version jedoch noch nicht beurteilen.
6. Es ist wenig zielführend, Verwaltungs- und Lehrpersonal gegeneinander auszuspielen.
7. Ich stimme diesem Satz vollumfänglich zu.
8. Gute Pädagogik hat grundsätzlich Erziehung zur Selbständigkeit zum Ziel («Hilf mir, es selbst zu tun»). Ich kann darin nichts Neues erkennen (ausser neuen Begriffen).
9. Eine fundierte Fachausbildung auf Stufe Sek I ist wichtig (Uni). Zu beachten ist aber auch, dass die Kinder genau auf dieser Stufe oft schwierige Entwicklungsphasen durchmachen; dieser pädagogischen Herausforderung müssen die Lehrpersonen ebenfalls gewachsen sein (FH). Ich bin für eine klare Aufgabenteilung zwischen Uni und FH.
10. Vernetztes Denken ist sehr wichtig. Kombifächer sind nicht zwingend, wohl aber Offenheit und Austausch unter Fachlehrern. Meine (subjektive) Befürchtung (als Historikerin) ist es, dass die Verbindung der eher naturwissenschaftlich ausgerichteten Geografie mit der eher geisteswissenschaftlichen Geschichte in einem Kombifach zu Qualitätsproblemen führt (in beiden Fächern).
11. Zusammenarbeit von Lehrerinnen und Lehrern in Form von gemeinsamen Projekten, gegenseitiger Unterstützung und Feedbackkultur entlastet die Einzelnen und dient der Unterrichtsqualität. «Einzelkämpfertum» ist auch in der Lehrerschaft nicht wünschenswert.
12. Sparen auf Kosten des Personals wird zum Bumerang. Den Verzicht auf den Teuerungsausgleich im Finanzplan erachte ich als problematisch. Wenn die (in der gleichen Planung) angenommenen (optimistischen) Wachstumsprognosen eintreffen, entspricht dies einem Reallohnabbau von 5% in 5 Jahren.
13. Selbstverständlich soll eine Verwaltung effizient und flexibel sein – diese Forderung ist m.E. nicht initiativwürdig. Umgesetzt wird dies durch eine entsprechende Personal- und Führungskultur.
14. Das gegenwärtige Lohnsystem hat sich bewährt. Ein Wechsel könnte tiefgreifende Verunsicherungen mit nicht kalkulierbaren Folgekosten für den Kanton und die Gemeinden, die sich grösstenteils nach dem Kanton ausrichten, nach sich ziehen.
15. Mehr Autonomie auf Gemeindeebene ist ein notwendiger Reformschritt für unseren Kanton. Zu diskutieren ist auch die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Übergeordnetes Ziel bleibt, dass alle Kinder Zugang zu einem qualitativ guten Unterricht haben. Gemeinden müssen gute Schulen anbieten können, wenn sie attraktiv bleiben wollen. Mit tieferen Löhnen würden Sie das dafür notwendige Personal nicht finden.
16. Dazu kann ich keine Aussage machen.